

STEINACKER LICHTENBERG & PARTNERS

Maximilianstraße 27
80539 München
Tel.: +49 (0)89 / 24 87 30-0
Fax: +49 (0)89 / 24 87 30-99
E-Mail: kanzlei@stlp-recht.de
beA-SAFE-ID: 12:34:56:78:90:AB
USt-IdNr.: DE 812 345 678

An das
Landgericht Frankfurt am Main
3. Zivilkammer
Gerichtsstraße 2
60313 Frankfurt am Main

München, 10. April 2026

Unser Zeichen: SL/AS/2026-0312-KD

Ihr Zeichen: 2-03 O 412/26

In dem Rechtsstreit

klôtzkètté S.A., 9 Place Vendôme, 75001 Paris, Frankreich, — **Klägerin** —
vertreten durch die Vorsitzende des Verwaltungsrats
Comtesse Beatrice de Klotzzkettie,
Prozessbevollmächtigte: Steinacker Lichtenberg & Partners,
München

gegen

Donauzon Marketplace GmbH, Ridlerstraße 35, 80339 — **Beklagte** —
München,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Prozessbevollmächtigte: Plattenmoser Reibstein LLP,
Theresienhöhe 28, München

Az. LG Frankfurt am Main: 2-03 O 412/26

KLAGEERWIDERUNG

nebst Erhebung von Hilfswiderklage und Antrag auf Aussetzung des Verfahrens

Namens und in Vollmacht der Beklagten, der Donauzon Marketplace GmbH, wird wie folgt vorgetragen:

A. ANTRÄGE

Die Beklagte beantragt:

I.

Die Klage wird abgewiesen.

II.

Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Klägerin.

III.

Das Urteil ist für die Beklagte gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar.

IV. (Hilfsantrag — Widerklage)

Es wird festgestellt, dass der zwischen der Beklagten und der Brezelmann Discount KG geschlossene Plattformnutzungsvertrag vom 12. März 2024 (Anlage B 1) keine Handlungspflichten der Beklagten begründet, die über die Verpflichtungen gemäß Art. 17 DSA-VO (EU) 2022/2065 hinausgehen.

V. (Hilfsantrag 2 — Aussetzung)

Das Verfahren wird gemäß § 148 ZPO bis zur rechtskräftigen Entscheidung des EUIPO über den Widerspruch B-4-187-932 (EUTM 013 552 901 vs. EUTMA 019 117 456) ausgesetzt.

B. SACHVERHALT

I. Die Beklagte — Donauzon Marketplace GmbH

1. Gesellschaftsrechtliche und unternehmerische Struktur

Die Beklagte, Donauzon Marketplace GmbH (nachfolgend: „Donauzon“), wurde im Jahr 2019 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung deutschen Rechts gegründet und ist unter HRB 244 871 im Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen. Der Geschäftszweck der Gesellschaft umfasst den Betrieb einer elektronischen

Multi-Vendor-Handelsplattform für den B2B- und B2C-Bereich. Donauzon betreibt ausschließlich die technische Infrastruktur für den Datenabgleich zwischen Verkäufern und Käufern; die zivilrechtliche Kaufvertragsbeziehung entsteht ausschließlich zwischen dem jeweiligen Drittverkäufer und dem Endabnehmer. Donauzon ist weder Verkäuferin noch Inverkehrbringerin der streitgegenständlichen Waren.

Die Beklagte beschäftigt zum Zeitpunkt der Klageerhebung rund 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland, davon 47 im Bereich Trust & Safety. Leiterin der Abteilung ist Leiterin Trust & Safety Dr. Cornelia Weber-Hoffmann; Referatsleiter für den Bereich IP-Enforcement ist Dr. Roland Hagebusch-Eisenried. Die Abteilung Trust & Safety setzt täglich durchschnittlich 340 IP-bezogene Sperrentscheidungen um und kooperiert regelmäßig mit dem Deutschen Institut für Markenschutz (DIPP).

2. Das DIPP-Meldesystem

Donauzon hat im Jahr 2022 das sog. DIPP-Meldesystem (Deutsches IP-Protect-Portal) integriert. Markeninhaber können über das Portal Meldungen mit detaillierten Angaben zu Registrierungsnummern, Waren-/Dienstleistungsklassen und konkreten Angebots-URLs einreichen. Nach Eingang einer vollständigen Meldung läuft das interne Prüfprotokoll automatisch an; das System überprüft die Angaben mit einem eigenen Datenbank-Abgleich und erstellt einen Vorschlag für die Trust-&-Safety-Abteilung. Meldungen, die eine Markenregistrierungsnummer, eine URL-Liste sowie eine eidesstattliche Bestätigung der Inhaberschaft enthalten, werden priorisiert behandelt.

3. Reaktion auf die Meldung vom 22. Januar 2026

Am 22. Januar 2026 um 14:37 Uhr (MEZ) ging bei Donauzon über das DIPP-System eine Meldung der Klägerin ein. Die Meldung enthielt eine Liste von 47 URLs sowie den Hinweis auf die Wortmarke KLÔTZZKËTTÉ (EUTM 013 552 901). Um 20:11 Uhr desselben Tages — mithin 5 Stunden und 34 Minuten nach Eingang der Meldung — hatte Donauzon sämtliche 47 gemeldeten Listings gesperrt. Anlass zur Beanstandung besteht insoweit objektiv nicht.

Die Klägerin rügt in ihrer Klageschrift vom 11. März 2026, dass Donauzon die 47 Listings nicht „innerhalb von zwei Stunden“ gesperrt habe. Diese Forderung entbehrt jeder Rechtsgrundlage; insbesondere sieht Art. 17 Abs. 1 DSA-VO keine Zweistunden-Reaktionsfrist vor, sondern lediglich eine „unverzügliche“ Bearbeitung. Die Reaktionszeit von 5 Stunden und 34 Minuten ist angesichts der erforderlichen Prüfung des Meldeinhalts und der einzuholenden internen Freigabe als unverzüglich im Sinne dieser Norm zu qualifizieren (dazu sogleich unter C.I.).

II. Die Klägerin und ihre Markenrechte

Die Klägerin, klôtzkètté S.A. mit Sitz an der 9 Place Vendôme, 75001 Paris, ist ein französisches Modehaus, das seit dem Jahr 1987 im Segment der Haute-Couture-Lederfächer und Accessoires tätig ist. Das Markenportfolio der Klägerin umfasst nach eigenen Angaben über 18 eingetragene Schutzrechte, darunter die Wortmarke KLÔTZZKÈTTÉ (DE 30 2014 047 821; EUTM 013 552 901; USPTO Reg. No. 5,247,118), die Bildmarke K-Krone (EUTM 017 884 922), die 3D-Formmarke „Sac à fermoir Lyon“ (EUTM 018 442 117), die Positionsmarke „Goldener Faden am Saum“ (DE 30 2019 211 552), die Soundmarke „Clquet de Cassis“ (EUTM 018 829 311) sowie die Haptikmarke „Texture pointillée Vendôme“ (DPMA-Anmeldung 30 2025 213 887).

Ob und in welchem Umfang der geltend gemachte Markenrechtsschutz für nicht-traditionelle Marken (Haptik, Sound, 3D-Form) im Streitfall tatsächlich besteht und Verletzungshandlungen begründet, wird von der Beklagten ohne Anerkennung einer Rechtspflicht ausdrücklich bestritten. Insbesondere fehlt es hinsichtlich der Positionsmarke DE 30 2019 211 552 an einem substantiierten Vortrag der Klägerin zum Kollisionstatbestand. Soweit die Klägerin ergänzend eine Anti-KI-Zertifizierungsmarke „MAIN HUMAINE GARANTIE“ (DPMA-Anmeldung 07.10.2025) geltend macht, ist darauf hinzuweisen, dass diese bislang nicht eingetragen ist und daher keinen markenrechtlichen Schutz nach § 14 MarkenG genießt.

III. Die Brezelmann Discount KG als Drittverkäuferin

Die Brezelmann Discount KG, Industriestraße 7, 97980 Bad Mergentheim, persönlich haftende Gesellschafterin Brezelmann Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführer Egon Brezelmann, ist seit dem 12. März 2024 als Drittverkäuferin auf der Plattform der Beklagten registriert (Anlage B 1). Sie hat sich vertraglich verpflichtet, keine Waren zu vertreiben, die Schutzrechte Dritter verletzen (Anlage B 2, Ziffer 7 der AGB). Eine eigene Prüfpflicht der Beklagten über die Selbstverpflichtungen der Verkäuferinnen hinaus besteht nach dem DSA-Regime nicht.

Die Beklagte hat nach Eingang der Meldung vom 22. Januar 2026 nicht nur die 47 Listings gesperrt, sondern auch sofortige Ermittlungen eingeleitet. Das interne Audit ergab, dass die Brezelmann Discount KG insgesamt 52 Produktangebote auf der Plattform eingestellt hatte. Nach Prüfung wurden über die ursprünglich gemeldeten 47 hinaus weitere 5 Listings präkautionsistisch bis zur Klärung des Sachverhalts gesperrt. Donauzon hat die Brezelmann Discount KG mit Schreiben vom 23. Januar 2026 (Anlage B 3) abgemahnt und gesondert auf die Schutzrechtslage hingewiesen.

IV. Der Detektivbericht der Spürnase Couture und die Testkäufe

Die Klägerin beruft sich zum Nachweis der Markenverletzung auf einen Detektivbericht der Detektei Spürnase Couture (Anlage K 7) sowie auf die Ergebnisse von 14 Testkäufen in Bad Mergentheim, München, Berlin und Florenz. Die Beklagte bestreitet den Inhalt des Berichts und der Testergebnisse mit Nichtwissen gemäß § 138 Abs. 4 ZPO, soweit der

Bericht Vorgänge auf der Plattform der Beklagten betrifft.

Die in dem Bericht behaupteten Testkäufe über die Donauzon-Plattform (insgesamt 6 der 14 Testkäufe, davon 3 in München und 3 über Online-Bestellung) erfolgten nach dem eigenen Vortrag der Klägerin sämtlich zwischen dem 15. und 20. Januar 2026. Mithin fanden alle plattformbezogenen Testkäufe — wie auch die physischen — vor der Meldung vom 22. Januar 2026 statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte Donauzon keine Kenntnis von der behaupteten Rechtsverletzung; eine Haftung nach dem Host-Provider-Privileg scheidet daher aus.

Im Übrigen ist die Beweismethodik der Klägerin zu beanstanden: Die Konfokal-Mikroskopie-Messung (Mittlere Rauheit Ra 12,7 µm beim vermeintlichen Plagiat vs. Ra 12,9 µm beim Original — Abweichung 1,57 Prozent) vermag eine Markenverletzung durch Donauzon nicht zu begründen. Die Messung belegt allenfalls eine Produkteigenschaft der von Brezelmann vertriebenen Ware, trifft aber keinerlei Aussage über die Kenntnis oder das Verhalten von Donauzon.

C. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

I. Keine Haftung der Beklagten nach § 14 MarkenG i.V.m. §§ 7, 10 TMG / Art. 6, 17 DSA-VO

Der markenrechtliche Unterlassungsanspruch nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 MarkenG setzt voraus, dass der in Anspruch Genommene das Zeichen selbst „benutzt“ i.S.d. § 14 Abs. 3 MarkenG. Die Beklagte benutzt weder das Zeichen „CLOTZ KETTE“ noch das Zeichen „klotzz.kette“ noch das Bildzeichen „K-Krönchen“ im markenrechtlichen Sinne. Sie stellt lediglich die technische Infrastruktur für Dritte bereit, die Angebote auf ihrer Plattform einstellen. Diese Funktion unterfällt nach der Rechtsprechung des EuGH dem Host-Provider-Privileg (EuGH C-324/09 — L'Oréal/eBay, Rn. 109 ff.), das nunmehr in Art. 6 DSA-VO kodifiziert ist.

1. Keine eigene Benutzung durch Donauzon

Der EuGH hat in L'Oréal/eBay (C-324/09, Rn. 113) klargestellt, dass der Betreiber einer Online-Handelsplattform das Zeichen nicht „benutzt“ i.S. der Markenrichtlinie, wenn er das Angebot lediglich auf seiner Plattform anzeigt und die Ware weder physisch handhabt noch die Qualität der Waren bestimmt. Das entspricht exakt der Funktion der Beklagten: Donauzon listet Angebote Dritter; eigene Waren bietet sie nicht an. Eine Änderung dieser Einordnung ergibt sich auch nicht aus dem Umstand, dass Donauzon Werbeformat-Dienste (sog. „Sponsorenplatzierungen“) anbietet, da auch diese keine eigene Benutzung des Kollisionszeichens begründen.

2. Kein Entfallen des Host-Provider-Privilegs durch Kenntnis

Das Host-Provider-Privileg entfällt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSA-VO nur dann, wenn der Anbieter von der rechtswidrigen Tätigkeit oder Information tatsächliche Kenntnis hat oder — in Bezug auf Schadensersatzansprüche — sich der Tatsachen oder Umstände bewusst ist, aus denen die rechtswidrige Tätigkeit oder Information offensichtlich wird. Eine solche Kenntnis war vor dem 22. Januar 2026 nicht vorhanden.

Die Klägerin behauptet nicht, Donauzon vor dem 22. Januar 2026 durch eine spezifizierte Meldung auf die konkreten Listings hingewiesen zu haben. Ein allgemeines „Kennenmüssen“ genügt nach dem DSA-Regime nicht; Art. 6 DSA-VO weicht insoweit von § 10 TMG a.F. inhaltlich nicht ab, bestätigt aber die Rechtsprechungslinie (BGH GRUR 2021, 1191 — STELLA, Rn. 47 f.).

3. Keine Verletzung von Prüfpflichten

Eine anlassunabhängige generelle Prüfpflicht des Host-Providers, ob Dritte Schutzrechte verletzen, besteht nach geltendem Unionsrecht nicht (EuGH C-324/09, Rn. 139). Allenfalls können spezifische, verhältnismäßige und nicht übermäßig kostenspielige Prüfpflichten

nach einem spezifischen Hinweis auf eine konkrete URL und ein konkretes Schutzrecht begründet werden. Donauzon hat nach Eingang der Meldung vom 22. Januar 2026 genau dies getan.

Die Reaktionszeit von 5 Stunden und 34 Minuten ist in jeder Hinsicht als „unverzüglich“ zu qualifizieren. Art. 17 Abs. 1 Satz 2 DSA-VO normiert für die Bearbeitung von Meldungen durch Hostprovider eine Unverzüglichkeitspflicht, definiert aber keine absolute Frist. In der amtlichen Begründung der DSA-VO (Erwägungsgrund 52) heißt es, dass „die Bearbeitung unverzüglich erfolgen sollte“, und zwar „im Rahmen der jeweiligen Unternehmenskapazitäten“. Angesichts von täglich rund 340 IP-bezogenen Entscheidungen, der erforderlichen internen Prüfung, der Einholung von Freigaben und der technischen Umsetzung war eine Reaktionszeit von unter 6 Stunden für eine vollständige Sperrung von 47 Listings ganz offensichtlich „unverzüglich“.

II. Keine Störerhaftung der Beklagten nach BGH-Grundsätzen

Selbst wenn man — entgegen der hier vertretenen Auffassung — eine residuale Störerverantwortlichkeit der Beklagten neben dem DSA-Regime annehmen wollte, so scheiterte ein Unterlassungsanspruch an den vom BGH aufgestellten Anforderungen an die Verletzung von Prüfpflichten. Der BGH hat in GRUR 2021, 1191 — STELLA (Rn. 52 ff.) ausgeführt, dass ein Plattformbetreiber nur dann Störer ist, wenn er zumutbare Prüfpflichten schuldhaft verletzt. Donauzon hat keine einzige ihr zumutbare Prüfpflicht verletzt.

Hierzu im Einzelnen:

- a) Donauzon hat ein DIPP-Meldesystem implementiert, das Markeninhabern eine einfache und kostenfreie Meldung von Schutzrechtsverletzungen ermöglicht. Dies entspricht den Anforderungen des BGH an „angemessene technische Maßnahmen zur Erfüllung von Prüfpflichten“.
- b) Donauzon hat nach Eingang der Meldung nicht nur die 47 genannten Listings, sondern präkautonistisch weitere 5 Listings gesperrt. Sie hat damit mehr getan als rechtlich geboten.
- c) Die Beklagte hat ihren Vertragspartner Brezelmann Discount KG abgemahnt und zur Abgabe einer Unterlassungserklärung aufgefordert. Damit hat sie ihren Möglichkeiten entsprechend auf eine Abhilfe hingewirkt.
- d) Donauzon hat die Brezelmann Discount KG nach Eingang der Meldung für eine Prüfperiode von 30 Tagen unter erhöhte Monitoring-Beobachtung gestellt; bei Wiederholung einer Schutzrechtsverletzung erfolgt automatisch eine Kontosperrung.

III. Keine Haftung aus deliktischen Grundsätzen

Ein Schadensersatzanspruch aus §§ 823 Abs. 1, 826 BGB scheitert bereits an dem fehlenden Vorsatz der Beklagten. Donauzon hatte vor dem 22. Januar 2026 keinerlei Kenntnis von der behaupteten Markenverletzung durch die Brezelmann Discount KG. Auch eine Haftung unter dem Gesichtspunkt der Fahrlässigkeit scheidet aus, da Donauzon alle nach der Verkehrsauffassung eines sorgfältigen Plattformbetreibers gebotenen Prüfmaßnahmen vorgenommen hat.

IV. Zur geltend gemachten Störerhaftung für die Pitti Uomo

Die Klägerin trägt vor, die Beklagte habe durch die Plattformpräsenz der Brezelmann Discount KG „die illegalen Aktivitäten auf der Pitti Uomo in Florenz vom 13. bis 16. Januar 2026 wesentlich mitermöglicht“. Dieser Vortrag ist zurückzuweisen.

Donauzon betreibt eine Online-Handelsplattform. Sie hat keinerlei rechtliche oder tatsächliche Kontrolle über Messeveranstaltungen oder physische Geschäftsaktivitäten ihrer Verkäufer. Die Teilnahme der Brezelmann Discount KG an der Pitti Uomo Florenz ist dem Verantwortungsbereich von Brezelmann zuzurechnen, nicht demjenigen von Donauzon. Eine „wesentliche Mitursache“ (vgl. BGH GRUR 2022, 729 — Black Friday II, Rn. 58) setzt eine adäquate Kausalität zwischen der Handlung des In-Anspruch-Genommenen und dem Verletzungserfolg voraus. Daran fehlt es hier manifest.

V. Hilfsweise: Zur Auslegung des Unterlassungsantrags

Selbst wenn — rein hilfsweise und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht — eine Prüfpflicht der Beklagten zu bejahen wäre, so gänge der gestellte Unterlassungsantrag (Klageantrag Ziffer I.) weit über das hinaus, was einem Plattformbetreiber zumutbar auferlegt werden kann. Der Antrag der Klägerin lässt sich dahingehend verstehen, dass Donauzon künftig jedes Angebot, das „ein Zeichen verwendet, das mit der Wortmarke KLÔTZZKËTTÉ verwechslungsfähig ist“, zu sperren habe. Ein derart weit gefasster Antrag ist mangels hinreichender Bestimmtheit gemäß § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO unzulässig.

Der Begriff der „Verwechslungsfähigkeit“ ist ein Rechtsbegriff, der einer Subsumtion im Einzelfall bedarf und vom Plattformbetreiber nicht in Echtzeit für alle eingehenden Angebote geprüft werden kann. Der EuGH hat in L'Oréal/eBay ausgeführt, dass Prüfpflichten des Plattformbetreibers nicht zu einer allgemeinen Pflicht zur aktiven Überwachung führen dürfen (Art. 8 E-Commerce-Richtlinie bzw. Art. 8 DSA-VO). Ein Unterlassungsanspruch dieses Inhalts wäre mit dem Unionsrecht unvereinbar.

VI. Zum Anspruch auf Auskunft und Rechnungslegung

Der hilfsweise geltend gemachte Auskunftsanspruch (Klageantrag Ziffer II.) ist gegenüber der Beklagten unbegründet, da dieser voraussetzt, dass ein Haupt-Unterlassungsanspruch besteht. Da ein solcher nicht gegeben ist (s.o.), fällt auch der Auskunftsanspruch weg.

Überdies enthält der Klageantrag auf Auskunft keine nachvollziehbare Beschränkung auf diejenigen Transaktionen, die Donauzon zurechenbar wären. Donauzon führt keine eigenen Käufer- oder Verkäuferlisten im Sinne eines klassischen Händlers; die Transaktionen werden zwischen Verkäufer (Brezelmann) und Käufer abgewickelt. Soweit die Klägerin Transaktionsdaten verlangt, die bei Donauzon als technischer Plattformbetreiber vorhanden sind (Server-Logs, Zahlungsfluss-Daten), sind diese von erheblicher datenschutzrechtlicher Relevanz (Art. 6 Abs. 1 DS-GVO). Eine Herausgabe ohne richterliche Anordnung scheitert an § 19a MarkenG analog, da die Norm nur für den „Verletzer“ gilt, als der die Beklagte nicht einzustufen ist.

VII. Zur Präjudizialität des EUIPO-Widerspruchsverfahrens

Die EUTM 013 552 901 ist Gegenstand eines Widerspruchsverfahrens beim EUIPO (Widerspruch B-4-187-932). Die Brezelmann Discount KG hat ihrerseits die Anmeldung EUTMA 019 117 456 für das Zeichen „CLOTZ KETTE“ in den Klassen 18 und 25 eingereicht. Das EUIPO prüft derzeit die Verwechslungsfähigkeit der kollidierenden Zeichen. Da die Entscheidung des EUIPO für das vorliegende Verfahren präjudizielle Wirkung haben kann, beantragt die Beklagte hilfsweise die Aussetzung des Verfahrens gemäß § 148 ZPO bis zum rechtskräftigen Abschluss des EUIPO-Widerspruchsverfahrens.

Die Voraussetzungen für eine Aussetzung liegen vor: Das vorliegende Verfahren und das EUIPO-Widerspruchsverfahren betreffen identische Parteien in ihren Grundkonstellationen (EUTM 013 552 901 vs. EUTMA 019 117 456). Die Frage der Verwechslungsfähigkeit — insbesondere des Klanges, der graphischen Darstellung und der Bedeutungsebene der Kollisionszeichen — wird durch die EUIPO-Entscheidung unmittelbar beantwortet. Ohne diese Entscheidung bewegt sich das Landgericht in einem Beurteilungsraum, der zu widersprüchlichen Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene führen könnte.

D. AUSEINANDERSETZUNG MIT DEN EINZELNEN KLAGEARGUMENTEN

I. Zum Argument der „strukturenähnlichen Markenverletzung“

Die Klägerin macht geltend, Donauzon habe durch die dauerhafte Listung der Brezelmann-Produkte „strukturell“ zu einer Markenverletzung beigetragen. Der Begriff der „strukturellen Verletzung“ ist dem deutschen und europäischen Markenrecht fremd. Die Klägerin vermag insoweit keine Rechtsgrundlage zu benennen.

Im Übrigen ist der Vortrag widersprüchlich: Einerseits wird behauptet, Donauzon habe die Listungen trotz „sichtbarer“ Markenverletzungen aufrechterhalten; andererseits räumt die Klägerin ein, dass die Kollisionszeichen für „Laien unter der Erkennungsschwelle“ lagen. Waren die Verletzungen für Laien nicht erkennbar, können sie auch für den automatisierten Abgleich der Plattform-Software nicht erkennbar gewesen sein. Ein Vorwurf an Donauzon lässt sich daraus nicht konstruieren.

II. Zum Argument der „Delisting-Verzögerung“

Die Klägerin behauptet, Donauzon habe „trotz Kenntnis“ die Listings 12 Tage lang geduldet. Dieser Vortrag ist sachlich falsch. Die Meldung der Klägerin über das DIPP-System ging am 22. Januar 2026 ein; bis zu diesem Zeitpunkt hatte Donauzon keine positive Kenntnis von einer Schutzrechtsverletzung. Die Klägerin hat weder eine frühere Meldung an Donauzon vorgelegt noch behauptet.

Den Vorwurf der 12-tägigen Duldung stützt die Klägerin auf den Umstand, dass die Brezelmann Discount KG seit Beginn der Pitti Uomo am 13. Januar 2026 auf der Plattform gelistet war. Dies ist schlicht irrelevant: Die bloße Präsenz eines Verkäufers auf einer Plattform und die Listung von Produkten begründen keine Kenntnis des Plattformbetreibers von einer Markenverletzung durch diese Produkte (BGH GRUR 2021, 1191 — STELLA, Rn. 53).

III. Zum Argument der „Mit-Bewerbereigenschaft“ von Donauzon

Die Klägerin qualifiziert Donauzon als „Mitbewerber“ im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 4 UWG. Dies trifft nicht zu. Donauzon betreibt eine Handelsplattform; sie tritt nicht selbst im Bereich von Luxusmode-Accessoires als Anbieterin auf. Eine Mit-Bewerbereigenschaft setzt ein konkretes Wettbewerbsverhältnis voraus, das erst dann entsteht, wenn beide Parteien gleichartige Waren oder Leistungen am Markt anbieten. Donauzon tut dies nicht.

IV. Zum Argument des Selektivvertriebssystems

Die Klägerin behauptet, die Brezelmann Discount KG verstoße durch den Vertrieb über Donauzon gegen das Selektivvertriebssystem der Klägerin. Die Beklagte ist an ein

etwaiges Selektivvertriebssystem der Klägerin nicht gebunden; sie ist weder Vertragshändlerin noch Lizenznehmerin. Der EuGH hat in Coty Germany/Akzente (C-230/16, Rn. 65 ff.) ausgeführt, dass ein Selektivvertriebssystem die Teilnahme Dritter nur dann beschränken kann, wenn jene Dritten in einer vertraglichen Beziehung zum Systemgeber stehen. Das ist bei Donauzon nicht der Fall.

Im Übrigen fehlt es an einem substantiierten Vortrag der Klägerin dazu, ob und unter welchen Voraussetzungen das behauptete Selektivvertriebssystem mit Art. 101 AEUV vereinbar ist. Ein Selektivvertriebssystem kann die Marktvertriebsfreiheit nur dann rechtmäßig einschränken, wenn es die Coty-Kriterien erfüllt: (1) Die Natur der Ware rechtfertigt selektiven Vertrieb; (2) die Auswahl der Händler erfolgt nach qualitativen Kriterien; (3) keine Beschränkung über das notwendige Maß hinaus. Hierzu fehlt jeder Vortrag.

E. BEWEISFÜHRUNG UND BEWEISLASTVERTEILUNG

I. Beweislast der Klägerin

Die Klägerin trägt die Beweislast für sämtliche anspruchsbegründenden Tatbestandsmerkmale, insbesondere für (1) die Bestandskraft und Priorität ihrer Markenrechte, (2) die markenmäßige Benutzung des Kollisionszeichens durch die Beklagte, (3) das Bestehen und den Inhalt der Verwechslungsgefahr sowie (4) die Kenntnis der Beklagten vor dem 22. Januar 2026.

II. Bestreiten zentraler Tatsachenbehauptungen der Klägerin

Die Beklagte bestreitet:

1. Dass Donauzon vor dem 22. Januar 2026 positive Kenntnis von einer Markenverletzung durch die Brezelmann Discount KG hatte (mit Nichtwissen, § 138 Abs. 4 ZPO).
2. Dass die auf der Pitti Uomo in Florenz präsentierten Waren sämtlich über die Donauzon-Plattform vertrieben wurden (mit Nichtwissen).
3. Die behauptete Kausalität zwischen der Plattformlistung und dem Messeerfolg der Brezelmann Discount KG in Florenz.
4. Dass die Schadensberechnung der Klägerin (EUR 2.500.000 Hauptsache) ausschließlich Schäden umfasst, die der Beklagten zugerechnet werden können.
5. Den Inhalt und die Vollständigkeit des Detektivberichts der Detektei Spürnase Couture, soweit dieser Handlungen der Beklagten betrifft.

III. Beweisangebote der Beklagten

Die Beklagte beantragt Beweis zu folgenden Tatsachen:

1. Zu dem Zeitpunkt des Eingangs und der Bearbeitung der DIPP-Meldung vom 22. Januar 2026: Zeuge Dr. Roland Hagebusch-Eisenried, Trust & Safety Director, Donauzon Marketplace GmbH, Ridlerstraße 35, 80339 München.
2. Zum Inhalt und Verfahren des DIPP-Meldesystems: Sachverständiger (durch das Gericht zu benennen) für Online-Plattform-Compliance.
3. Zu den von Donauzon ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen nach Eingang der Meldung: Zeuge Jan-Philipp Köstermeyer-Brand, Head of Seller Compliance, Donauzon Marketplace GmbH.
4. Zur fehlenden Kenntnis von Donauzon vor dem 22. Januar 2026: Zeuge Dr. Roland Hagebusch-Eisenried (erneut).

5. Zum Inhalt des Plattformnutzungsvertrags mit der Brezelmann Discount KG: Urkunde (Anlage B 1).

F. HILFSWEISE WIDERKLAGE (Feststellungsbegehren)

I. Zulässigkeit der Widerklage

Die hilfsweise erhobene Widerklage ist zulässig. Das Gericht ist nach § 33 ZPO für die Widerklage zuständig, da sie mit dem Gegenstand der Hauptklage in Zusammenhang steht. Das rechtliche Interesse der Beklagten an der begehrten Feststellung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Klägerin — sollte die Klage Erfolg haben — eine Auslegung des Plattformnutzungsvertrags propagieren würde, die weit über die DSA-Anforderungen hinausgeht und die Beklagte zu einer generellen Vorab-Prüfung aller Produktlistings verpflichten würde.

II. Begründetheit der Widerklage

Der Plattformnutzungsvertrag vom 12. März 2024 (Anlage B 1) enthält in Ziffer 7.3 die Verpflichtung des Verkäufers, keine Schutzrechte Dritter zu verletzen. Er enthält keine Bestimmung, die Donauzon zur aktiven Vorab-Überwachung aller Produktangebote verpflichtet. Eine solche Pflicht könnte auch nicht wirksam vereinbart werden, da sie gegen Art. 8 DSA-VO (Verbot allgemeiner Überwachungspflichten) verstoßen würde.

Die begehrte Feststellung ist damit gerechtfertigt: Der Plattformnutzungsvertrag begründet für Donauzon nur reaktive Prüfpflichten nach Eingang einer spezifizierten Meldung, keine aktiven Überwachungspflichten.

G. STREITWERT UND KOSTEN

Die Beklagte regt an, den Streitwert für die Hauptklage gegen Donauzon auf EUR 500.000 festzusetzen. Die Klägerin hat in ihrer Klageschrift einen Gesamtstreitwert von EUR 2.500.000 für die Hauptsache genannt. Da die Klage jedoch zwei Beklagte betrifft und der Anteil der Donauzon an einem etwaigen Verletzungsbeitrag nach dem eigenen Vortrag der Klägerin deutlich geringer ist als derjenige der Brezelmann Discount KG, ist eine Streitwertquotierung geboten.

Die Kosten des Rechtsstreits sind der Klägerin aufzuerlegen, da die Klage gegen die Beklagte unbegründet ist.

H. VERFAHRENSRECHTLICHE HINWEISE

I. Hinweis auf Präjudizialität des EUIPO-Verfahrens

Das EUIPO-Widerspruchsverfahren B-4-187-932 betrifft die kollidierenden Zeichen EUTM 013 552 901 (Klägerin) und EUTMA 019 117 456 (Brezelmann Discount KG) in den

Klassen 18 und 25. Die EUIPO-Entscheidung wird unmittelbare Auswirkungen auf die Beurteilung der Verwechslungsfähigkeit im vorliegenden Verfahren haben. Insbesondere wird das EUIPO die Kennzeichnungskraft der Wortmarke KLÔTZZKÈTTÉ, die Ähnlichkeit der Waren und die Ähnlichkeit der Zeichen nach europäischem Markenschutzsystem prüfen.

Eine vor Abschluss des EUIPO-Verfahrens ergangene Entscheidung des Landgerichts könnte im Widerspruch zu der späteren EUIPO-Entscheidung stehen und zu einem Wiederaufnahmeantrag gemäß § 580 Nr. 7a ZPO führen. Dies widerspricht dem Prozessziel der Prozessökonomie und der Rechtssicherheit.

II. Hinweis auf parallele Verfahren

Die Beklagte weist darauf hin, dass in demselben Sachverhaltskomplex folgende parallele Verfahren anhängig sind:

- a) Einstweilige Verfügung LG Frankfurt am Main, Az. 2-03 O 412/26 (EV) — gegen Brezelmann Discount KG.
- b) Tribunale di Firenze, Sezione Specializzata, Az. R.G. 4287/2026 — Atto di Citazione der klôtzkètté Italia S.r.l. gegen eine nämliche Gesellschaft des Brezelmann-Konzerns.
- c) USPTO-TTAB Opposition No. 91-289412 — klôtzkètté Inc. vs. Brezelmann-Importeur.
- d) EUIPO Widerspruchsverfahren B-4-187-932.

Donauzon ist in keinem dieser Verfahren Partei. Dies unterstreicht, dass die Verantwortung für die behaupteten Verletzungshandlungen bei der Brezelmann Discount KG liegt, nicht bei Donauzon.

I. ERGÄNZENDE RECHTLICHE AUSFÜHRUNGEN

I. Zur Klagbarkeit der Schutzrechtsverletzungen durch eine Plattform nach §§ 14, 15 MarkenG

Der BGH hat in GRUR 2021, 1191 — STELLA (Rn. 55) bestätigt, dass § 14 Abs. 2 MarkenG auf den Host-Provider angewendet werden kann, jedoch nur dann, wenn der Provider durch seinen Dienst aktiv die Verletzung ermöglicht oder unterstützt. Eine passive Bereitstellung von Plattform-Infrastruktur genügt nach dieser Rechtsprechung nicht. Donauzon erfüllt die Voraussetzungen eines passiven Host-Providers i.S. dieser Rechtsprechung.

Die Klägerin führt zur Begründung des Aktivbeitrags an, Donauzon habe „Sponsorenplatzierungen“ für Brezelmann-Produkte angezeigt. Dieser Vortrag ist unzutreffend. Die von der Klägerin vorgelegten Screenshots (Anlage K 12) zeigen zwar „Sponsorenplatzierungen“, jedoch handelt es sich bei diesen um algorithmisch generierte Empfehlungen auf Basis des Suchverhaltens des Nutzers, nicht um vom Anbieter bezahlte Werbung für konkrete Produkte. Der BGH hat in „Stella“ klargestellt, dass algorithmische Rankingmechanismen allein kein „Aktivbeitrag“ des Plattformbetreibers sind.

II. Zur DSA-Konformität des DIPP-Meldesystems

Die DSA-VO (EU) 2022/2065 verpflichtet Plattformen in Art. 16 dazu, Mechanismen einzurichten, die es Nutzern und anderen Dritten ermöglichen, rechtswidrige Inhalte zu melden. Art. 17 DSA-VO regelt die Pflicht zur unverzüglichen Bearbeitung. Das DIPP-Meldesystem der Beklagten erfüllt diese Anforderungen in vollem Umfang:

- a) Das System ist öffentlich zugänglich und kostenlos nutzbar (Art. 16 Abs. 1 DSA-VO).
- b) Es ermöglicht die Einreichung strukturierter Meldungen mit Schutzrechtsangabe, URL-Liste und Bestätigung der Inhaberschaft (Art. 16 Abs. 2 DSA-VO).
- c) Nach Eingang wird die Meldung Bestätigt und unverzüglich bearbeitet (Art. 17 Abs. 1 DSA-VO).
- d) Der Melder erhält eine Rückmeldung über das Ergebnis der Prüfung (Art. 17 Abs. 1 Satz 2 DSA-VO).

Das DIPP-System ist damit ein technisch und rechtlich vollwertiges Meldeverfahren i.S. der DSA-VO. Eine Obliegenheit der Klägerin zur Nutzung dieses Systems bestand; sie hat das System am 22. Januar 2026 genutzt und innerhalb von 5 Stunden und 34 Minuten eine vollständige Reaktion erhalten. Dass sie diesen Zeitraum nunmehr als unzureichend rügt, ist widersprüchlich und treuwidrig (§ 242 BGB).

III. Zu den Ansprüchen aus § 19 MarkenG (Auskunft)

§ 19 MarkenG gewährt dem Markeninhaber gegen den Verletzer einen Auskunftsanspruch über Namen und Anschriften der Hersteller, Lieferanten und anderer Vorbesitzer, der gewerblichen Abnehmer, über die Menge der hergestellten, ausgelieferten und erhaltenen Waren sowie über die erzielten Preise. Diese Normen setzen voraus, dass die Beklagte „Verletzerin“ ist. Da dies vorliegend verneint wird (dazu oben unter C.), fehlt es an der Aktivlegitimation der Klägerin für den Auskunftsanspruch gegen Donauzon.

Hilfsweise — für den Fall, dass das Gericht eine Verletzereigenschaft bejahen sollte — weist die Beklagte darauf hin, dass der Auskunftsanspruch gemäß § 19 Abs. 4 MarkenG unter dem Vorbehalt steht, dass die Auskunft nicht zur Verfolgung des Auskunftspflichtigen in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren verwendet werden darf. Eine entsprechende Einschränkung ist in den Klageantrag aufzunehmen.

J. ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage	Bezeichnung
B 1	Plattformnutzungsvertrag Donauzon — Brezelmann Discount KG, 12.03.2024
B 2	Allgemeine Geschäftsbedingungen Donauzon für Drittverkäufer, Stand 01.01.2026 (Auszug Ziffer 7)
B 3	Abmahnungsschreiben Donauzon an Brezelmann Discount KG, 23.01.2026
B 4	DIPP-Systemprotokoll: Eingang Meldung 22.01.2026, 14:37 Uhr; Sperrung 47 Listings 20:11 Uhr
B 5	Interne Kommunikation Trust & Safety zu Meldung vom 22.01.2026 (Schwarzöschung privater Daten Dritter)
B 6	Kurzdarstellung des DIPP-Meldesystems (technische Spezifikation, Auszug)
B 7	Schriftliche Erläuterung des Monitoring-Protokolls für Brezelmann nach 22.01.2026
B 8	Prüfbericht interner Audit über alle Brezelmann-Listings (52 Gesamtlistings, 47+5 gesperrt)
B 9	Handelsregistrauszug Donauzon Marketplace GmbH, Amtsgericht München, HRB 244 871
B 10	Auszug aus dem EU-DSA-Register für Donauzon Marketplace GmbH (Art. 24 DSA-VO)
B 11	Auszug EUIPO-Widerspruchsverfahren B-4-187-932, Verfahrensstand April 2026
B 12	Screenshot Donauzon-Startseite mit Suchergebnis für „klotzzkette“ nach Sperrung (22.01.2026, 20:30 Uhr)
B 13	E-Mail-Korrespondenz zwischen Donauzon und Brezelmann Discount KG nach Sperrung

K. VERFAHRENSKOSTEN UND STREITWERTANREGUNG

Die Beklagte regt an, den Streitwert für den gegen sie gerichteten Teil der Klage gemäß § 3 ZPO auf EUR 500.000 festzusetzen. Die Klägerin hat einen Gesamtstreitwert von EUR 2.500.000 bezüglich beider Beklagter genannt, ohne eine Quotierung vorzunehmen. Angesichts des deutlich geringeren Haftungsbeitrags von Donauzon gegenüber Brezelmann — der sich aus der Plattform-Natur der Beklagten ergibt — ist eine Quotelung auf 20 % des Gesamtstreitwerts angemessen.

Die Kosten des Rechtsstreits sind der Klägerin aufzuerlegen, da die Beklagte obsiegt. Für den Fall des Unterliegens der Beklagten, was ausdrücklich bestritten wird, beantragt die Beklagte, die Vollstreckbarkeit nur gegen eine Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des vollstreckbaren Betrages zu gestatten.

L. ERGAENZUNGEN UND VORBEHALTE

Die Beklagte behält sich vor, diesen Schriftsatz nach Einsicht in weitere von der Klägerin vorzulegende Unterlagen (insbesondere die vollständigen Testergebnisse, den Detektivbericht der Detektei Spürnase Couture sowie den GC-MS-Analytik-Bericht zum Leder) zu ergänzen. Insbesondere behält sich die Beklagte eine substantiierte Stellungnahme zur Frage der Markenverwechslungsfähigkeit nach Eingang der EUIPO-Entscheidung im Widerspruchsverfahren B-4-187-932 vor.

Ferner behält die Beklagte sich vor, nach Klagezustellung gegen Brezelmann Discount KG in jenem Verfahren dem Rechtsstreit als Nebenintervenient beizutreten, sofern die Klägerin gegen Brezelmann ein Urteil mit Wirkung für Donauzon anstrebt.

M. WEITERE RECHTLICHE ERWÄGUNGEN ZUR ABGRENZUNG DER HAFTUNGSEBENEN

I. Die markenrechtliche Haftungsarchitektur bei Mehrebenenverstößen

In Fällen, in denen ein Markenverstoß über mehrere Ebenen — Hersteller, Importeur, stationärer Händler, Online-Plattform — vermittelt wird, hat die Rechtsprechung eine differenzierte Haftungsarchitektur entwickelt. Der primäre Verletzer ist stets derjenige, der das Kollisionszeichen — hier: CLOTZ KETTE und klotzz.kette — unmittelbar in der Ware, Werbung oder Verpackung verwendet. Das ist nach dem gesamten Vortrag der Klägerin allein die Brezelmann Discount KG. Eine Haftung Dritter kommt nur als Neben- oder Störerhaftung in Betracht, und auch nur unter engen Voraussetzungen.

Die Klägerin hält sichtlich eine akzessorische Mithaftung von Donauzon für möglich, ohne die Voraussetzungen der Nebenhaftung substantiiert darzulegen. Dem ist

entgegenzuhalten: Nach der Dogmatik des § 830 BGB (Mittateigenschaft und Anstiftung) ist eine gesamtschuldnerische Haftung von Donauzon nur möglich, wenn Donauzon einen willentlichen Beitrag zur Verletzungshandlung geleistet hat. Daran fehlt es: Donauzon stellt Infrastruktur zur Verfügung, ohne Kenntnis von der Natur der aufgelisteten Produkte zu haben. Dies erfüllt nicht den Tatbestand des § 830 Abs. 2 BGB.

II. Zur Frage der „Sponsorenplatzierungen“ und algorithmusbasierten Hervorhebung

Die Klägerin macht in ihrer Klagebegründung geltend, Donauzon habe Brezelmann-Produkte durch „Sponsorenplatzierungen“ auf der Startseite hervorgehoben und damit „kampagnenartig“ zur Verbreitung der Verletzungsware beigetragen. Dieser Vorwurf ist rechtlich und tatsächlich unzutreffend.

Tatsächlich: Die Beklagte betreibt ein algorithmisches Empfehlungssystem, das Produkte auf Basis von Suchverhalten, Kaufhistorie und Relevanzbewertung einblendet. Ein Einblenden geschieht automatisiert und ohne manuelle Selektion. Die Klägerin hat nicht dargelegt, dass Brezelmann Discount KG bezahlte Werbepositionen gebucht hat oder dass Donauzon anderweitig eine gezielte Hervorhebung der Kollisionsprodukte vorgenommen hat.

Rechtlich: Selbst wenn Brezelmann bezahlte Platzierungen gebucht hätte, wäre die Haftung von Donauzon davon abhängig, ob sie von dem Schutzrechtsverstoß wusste. Da sie vor dem 22. Januar 2026 keine Kenntnis hatte, ist eine Haftung ausgeschlossen. Nach dem Erkenntnisstand seit dem 22. Januar 2026 (Sperrung aller Listings) ist auch insoweit keine Haftungsgrundlage erkennbar.

III. Zur Erstreckung des Unterlassungsantrags auf „identische und verwechslungsfähige Zeichen“

Der Klägerantrag Ziffer I. ist dahingehend zu verstehen, dass Donauzon künftig nicht nur das Zeichen „CLOTZ KETTE“, sondern auch alle „verwechslungsfähigen“ Zeichen zu sperren habe. Ein derart weit gefasster Kernbereichsantrag ist gegenüber einem Plattformbetreiber nicht vollstreckbar und damit unzulässig.

Vollstreckungsrechtlich: Ein Unterlassungstitel, der den Schuldner zur Unterlassung von „allen verwechslungsfähigen Zeichen“ verpflichtet, ohne das konkrete Zeichen zu benennen, ist mangels hinreichender Bestimmtheit nicht vollstreckungsfähig. Im Falle eines Zuwiderhandlungsvorwurfs müsste das Vollstreckungsgericht die Verwechslungsfähigkeit selbst beurteilen — eine Aufgabe, die nach der ZPO dem Erkenntnisverfahren vorbehalten ist.

IV. Zur Reichweite des Vernichtungsanspruchs (§ 18 MarkenG)

Soweit die Klägerin auch gegenüber Donauzon einen Vernichtungsanspruch nach § 18 MarkenG geltend macht, ist dieser bereits aus Rechtsschutzgründen unzulässig. Donauzon ist nicht im Besitz der streitgegenständlichen Waren; als Betreiberin einer Online-Handelsplattform lagert, händelt oder transportiert sie die Waren der Drittverkäufer nicht. Ein Vernichtungsanspruch nach § 18 MarkenG setzt voraus, dass die in Anspruch Genommene die Waren „in ihrem Besitz oder Eigentum“ hat. Daran fehlt es manifestly.

Hilfsweise: Selbst wenn eine Beschaffungspflicht bejaht werden sollte, was ausdrücklich bestritten wird, wäre Donauzon außerstande, die Ware von den Käufern zurückzuverlangen, da sie an dem Kaufvertrag zwischen Brezelmann und den Endabnehmern nicht beteiligt ist und kein Recht zur Intervention in bestehende Kaufverträge hat.

V. Zur Verhältnismäßigkeit der geforderten Maßnahmen (Art. 3 EnforcementRL)

Art. 3 der Durchsetzungsrichtlinie (RL 2004/48/EG) verlangt, dass Durchsetzungsmaßnahmen „gerecht und verhältnismäßig“ sein müssen und keine Schranken für den legitimen Handel errichten dürfen. Die Forderung der Klägerin nach einer aktiven Vorab-Prüfpflicht aller Produktlistings auf der Donauzon-Plattform wäre verhältnisunmäßig und würde die Beklagte in ihrer Geschäftstätigkeit unzumutbar einschränken. Donauzon verfügt nach eigenen Angaben über rund 12 Millionen aktive Angebote; eine manuelle Prüfung aller Listings auf Schutzrechtskonformität ist schlechterdings unmöglich und würde die Existenz der Plattform gefährden.

Die geforderten Maßnahmen wären darüber hinaus mit dem Verbot allgemeiner Überwachungspflichten gemäß Art. 8 DSA-VO unvereinbar. Das Unionsrecht sieht gerade keine generelle Pflicht zur aktiven Inhaltsmoderation vor, sondern ein reaktives System auf Basis spezifischer Meldungen. Dieses System hat Donauzon vorbildlich umgesetzt.

N. SCHLUSSFORMEL

München, den 10. April 2026

Dr. Friedrich-Wilhelm von Steinacker	Dr. Mathilda Lichtenberg-Hessenheim	RA'in Annegret Strehlow-Donaubrand
Rechtsanwalt	Rechtsanwältin	Rechtsanwältin
Partner, Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz	Salary Partner	Associate

Steinacker Lichtenberg & Partners
Maximilianstraße 27, 80539 München
Prozessbevollmächtigte der Beklagten, Donauzon Marketplace GmbH